

Demokraten und Regierungsbildung im Reich.

Der Vorstand des Landesverbandes der Deutschen Demokratischen Partei für die Provinzen Schleswig-Holstein, Lauenburg und Mecklenburg nahm nach einem Vortrag des preussischen Landtagsabgeordneten Doll eine folgende Entschliessung an:

Der Vorstand des Landesverbandes der D. D. P. spricht sein Bestreben und Bedauern darüber aus, daß durch das Zusammenwirken der Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen und den Kommunisten die Reichsregierung gestürzt worden ist, ohne daß die Opposition in der Lage wäre, eine andere aktionsfähige Regierung an ihre Stelle zu setzen. Der Vorstand erblickt darin nicht nur einen Verstoß gegen das parlamentarische System, sondern auch eine

Erklärung der äußeren und inneren Politik.

Er fordert die Demokratische Reichstagsfraktion auf, mit allem Nachdruck auf die

Schnelle Beilegung der Regierungskrise

hinguzuwirken und eine andere Regierung nur dann zu unterstützen, wenn unbedingte Sicherheit dafür gegeben ist, daß die von der Deutschen Demokratischen Partei seit Kriegsende betriebene, von der gestürzten Regierung erfolgreich fortgesetzte auswärtige Politik gleichmäßig und unbedeutend fortgeführt wird.

Der Vorstand stellt mit Befriedigung fest, daß der demokratisch-republikanische Gedanke im abgelaufenen Jahre bedeutende Fortschritte gemacht und die Anerkennung auf solcher Bewältigungskreise gefunden hat, die bisher in unfruchtbarer Opposition gegen den neuen Staat standen. Um jeden Zweifel an dem Bestand der deutschen Republik und der Weimarer Verfassung zu beseitigen, sind die erforderlichen Reformen durchzuführen und die unbedingte Verfassungstreue aller Schichten der Beamtenschaft und insbesondere der Reichswehr zu garantieren.

Die Neubildung der Regierung.

Wie die Blätter berichten, werden die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern über die Bildung der neuen Regierung, die am Montag beginnen, mit einem Empfang des Reichspräsidenten in die Wege eingeleitet werden. Bis her haben lediglich ganz interne Vorbesprechungen zwischen einzelnen maßgebenden Persönlichkeiten stattgefunden. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, wird der erste Auftrag zur Regierungsbildung voraussichtlich an einen Volksparteiler ergehen.

Einführung von Titel und Orden.

Änderung des Artikels 109.

Die kommende Reichsregierung, die um Mitte Januar gebildet werden soll, wird unter dem dritten Kabinett Marx hinterlassenen Entwürfen auch den einer Änderung des Artikels 109 der Reichsverfassung vorfinden. Der Artikel 109 bestimmt u. a. im vierten Absatz: „Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.“ Und im fünften Absatz: „Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.“

Der — vom Kabinett Marx nicht mehr beratene — Gegenentwurf sieht die Änderung des Artikels 109 in dem Sinne vor, daß die Bestimmungen über Titel, Orden und Ehrenzeichen (auch die über ausländische Auszeichnungen) in Wegfall kommen, sobald Titel und Orden wieder verliehen werden. Welche Ordensauszeichnungen und Titel von der Republik geschaffen und wie das Verleihungsrecht geregelt werden soll, sollte durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden. Das erste verfassungändernde Gesetz könnte vom Reichstage natürlich nur mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden.

Veränderungen bei der Magdeburger Polizei.

Magdeburg, 4. Jan. Innerhalb der Magdeburger Kriminalpolizei wird demnächst eine Personalveränderung vorgenommen, deren Ursache in den Gleitererscheinungen des Falles Schröder-Haas-Helling wurzelt. Der Magdeburger Kriminaldirektor Müller wird in gleicher Eigenschaft nach Duisburg versetzt werden. Als sein Nachfolger ist der anlässlich des genannten Schröder-Haas-Helling-Falles seinerzeit nach Magdeburg versetzte Berliner Kriminalrat Kunze vorgesehen, der in Berlin namentlich die politischen Sachen zu bearbeiten hatte. Im übrigen soll der Magdeburger Rechtsanwält W a r e n s p r u n g, der in der letzten Zeit auf dem Berliner Polizeipräsidium informativ tätig gewesen ist, zum Polizeipräsidenten von Duisburg ausersesen sein.

Die Wendenkomödie in Belgrad.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt heute eine weitere Meldung aus Belgrad, die das Blatt „Die Wendenkomödie in Belgrad“ überschreibt. Danach sind die beiden in Belgrad anwesenden Spreewälderinnen, die Töchter des kausiger Wendenführers Schmoller, weiterhin Gegenstand lebhafter Kundgebungen. Die Veranstaltung in der Universität soll wiederholt werden. Gestern legten die beiden Wendeninnen Kränze auf dem Grabe des unbekanntem Soldaten und auf den Gräbern der großen serbischen politischen Führer nieder. Es wurde ihnen zu Ehren ein Bankett gegeben; auch wurden sie von Frau Paschitsch und von dem Stupskina-Präsidenten Trifkowitz empfangen. Heute veranstaltete der Polnische Klub zu Ehren der kausigerinnen einen festlichen Abend. Der frühere Abgeordnete D j o m o n j ruft zur Gründung einer „kauseiserbischen-slawischen Liga“ auf.

Warnung vor einseitiger Deeresabrüstung.

In Holland wurde ein Komitee zur Warnung vor einseitiger Deeresabrüstung gegründet. Das Komitee, das sich aus kirchlichen und militärischen Kreisen rekrutiert, beginnt im Januar seine Propagandavorträge.

Aus Stadt und Land.

Nr. 5. Januar 1927.

Das politische Sachfen im Jahre 1926.

Wenn man das Jahr 1926, soweit unser engeres Vaterland Sachsen in Frage kommt, politisch werten will, so kommt man zunächst zu dem Ergebnis, daß die Staatsmaschinerie ihren geregelten, ordnungsmäßigen Gang gegangen ist, daß Wirtschaft, Handel und Wandel in Ruhe und Stetigkeit ihren Bedürfnissen, Ausgaben und Zielen nachgehen konnten, daß die segensreiche Himmelstochter Ordnung mehr und mehr wieder die Oberhand gewann — kurz und gut: Land und Volk vor schweren Erschütterungen bewahrt blieben und beides sich auf dem Vorwärtsweg befand.

In der sächsischen Regierung trat ein einziger Personalwechsel ein: anstelle des Finanzministers Dr. Reinhold, der am 21. Januar 1926 zum Reichsfinanzminister berufen wurde, trat Finanzminister Dr. Dehne. Das Kabinett Dehlt, das bekanntlich von vier Sozialdemokraten, zwei Volksparteilern und einem Demokraten gebildet wird, führt auch nach der am 31. Oktober erfolgten Neuwahl des Landtages die Regierungsgeschäfte provisorisch weiter, weil erst am 11. Januar des neuen Jahres die Neuwahl des Ministerpräsidenten vor sich gehen soll.

Die nun drei Jahre lang geführte Koalitionspolitik der Regierung Dehlt brachte aber im Laufe des Jahres 1926 einen Verfall der Sozialdemokratischen Partei. 23 sozialdemokratische Landtagsabgeordnete hatten die vernünftige Ansicht bekommen, daß in Sachsen eine befriedigende Politik nur betrieben werden kann, wenn die Kreise, die guten Willens sind und die bei aller Verschiedenheit der parteipolitischen Anschauung das Doktrinäre und Starrsinnige beiseite schieben, sich zusammensetzen und miteinander über das Wohl für die Gesamtheit des Volkes und für das ganze Land beraten. Der Klassenkampfpolitik hatten sie Lebenswohl gesagt, ohne dabei zu vergessen, daß ihnen das Wohl der Arbeiter ebenso am Herzen liegt wie das Wohl aller anderen Staatsbürger. Das war, alles in allem gesehen, ein großer Fortschritt auf dem Wege der Staatsbejahung und in der Erkenntnis der Einordnung verantwortungsbewusster Politiker in das Staatsgefüge. Freilich war es gegen die Rechnung der radikalen Kräfte in der SPD., die da glauben, je radikaler sie in ihren Forderungen sind, desto erfolgreicher ist die Agitation. Und die da meinen, je weniger Verantwortung sie am Volksstaate tragen — den sie selbst mit geschaffen haben — um so größer sei der Nutzen für die parteiprogrammatischen Ziele. Welch ein verhängnisvoller Fehler liegt doch hier in der Arbeit der SPD.! Welch ein Fehler für das politische Parteilossein Deutschlands überhaupt und für den jungen deutschen Parlamentarismus im besonderen!

So führte der Kampf des radikalen Flügels der sächsischen Sozialdemokratie gegen seinen rechten Flügel zur Spaltung der Partei. Am 30. April 1926 trennten sich die 23 von dem radikalen Flügel und bildeten die Fraktion der Alten Sozialdemokratie. Bald darauf schufen diese 23 unter Führung von B u c h w i r t h - B e t h e die „Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens“. Der Landtagswahlkampf im Oktober entbrannte wohl am schärfsten zwischen der SPD. und der AWP. Das Ergebnis des Wahlkampfes ist wohl noch in Erinnerung. Die SPD. mußte 5 Sitze an die Kommunisten abgeben, die AWP. zog mit nur vier Abgeordneten in den neuen Landtag ein. Die alten bürgerlichen Parteien verloren insgesamt 15 Sitze, die von den neuen Parteien (Wirtschaftspartei, Aufwertungspartei und Nationalsozialisten) gewonnen wurden.

Daß es ausgerechnet der Freistaat Sachsen fertigbringt, neue Parteigruppierungen in das Parlament zu schicken, ist ein Beweis dafür, daß der sächsische Staatsbürger für die politische Struktur des Sachsenvolkes mit seiner starken Industrialisierung noch so gut wie kein Verständnis hat. Die neuen Parteien können die politische Arbeit im sächsischen Landtag keines falls erleichtern. Und was diese neuen Parteien auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik leisten werden, das wird nichts anderes sein können als das, was die alten Parteien bereits taten, nämlich: Anpassung der Gesetzgebungsarbeit an die Bedürfnisse der Gesamtheit, nicht einzelner Volks- und Erwerbschichten, Anpassung an die Gesetze, Verordnungen und Richtlinien des Reiches, Anpassung an die finanziellen Leistungsfähigkeiten des Staates. Die Enttäuschung wird bei vielen Wählern dieser neuen Parteien kommen. Aber Sachsen ist in der politischen Konsolidierung zurückgeworfen worden zum Schaden der Allgemeinheit. Ob das Jahr 1927 schon die Einsicht bringen wird, ist fraglich. Wenn die Mittelschichten unseres Volkes nicht ernstlich prüfen, was politische Arbeit für ein Volk wie das sächsische bedeutet, dann können diese Mittelschichten nur zu leicht zum Spielball politischer Parteien werden, der immer gewärtig sein muß, hin und her geworfen zu werden, mit dem Ergebnis, immer ein Auf und Ab zu erleben, ohne einen den berechtigten Interessen dieser Mittelschichten entsprechenden Nutzen, der letzten Endes auch der Allgemeinheit zugute kommen muß, zu erzielen.

Eine Regierung der Mitte in Sachsen gelichert?

Die „Bosl. Ztg.“ berichtet aus Dresden: „Die Regierungsbildung in Sachsen kann nunmehr, obwohl noch weitere Verhandlungen notwendig sein werden, im wesentlichen als gelichert gelten. Wie von uns angekündigt, wird die Minderheitsregierung der erweiterten Mitte, bestehend aus der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Aufwertungspartei, den Demokraten und den Altsozialisten, zustandekommen. Die heutigen Verhandlungen der Fraktionsführer ergaben völlige Übereinstimmung aller links von den Deutschnationalen stehenden Parteien dahin, daß nur noch die Regierung der Mitte möglich sei, und daß eine aktive Beteiligung der Deutschnationalen an der nächsten Regierung nicht in Frage kommen könne, nachdem sowohl die Demokraten als auch die Altsozialisten und die Wirtschaftspartei deren Teilnahme abgelehnt hatten. Ueber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts läßt sich im Augenblick nur so viel sagen, daß aller

Voraussetzt nach der bisherige Ministerpräsident Dehlt auch der Chef des neuen Kabinetts sein wird; vielleicht wird er auch das Innenministerium übernehmen. Die Deutsche Volkspartei wird ihre beiden bisherigen Ministerien, Volkshilfs- und Justizministerium, behalten; die Wirtschaftspartei soll das Wirtschaftsministerium übernehmen, hat aber begreiflicherweise wenig Lust, diesen schwierigen Posten zu übernehmen. Die Demokraten ihrerseits sind entschlossen, aus dem Finanzministerium auszuscheiden, zumal der bisherige demokratische Finanzminister Dr. Dehne, der Nachfolger Dr. Reinhold's, kein Ministerium wieder übernehmen will. Welches Ministerium künftig für die Demokraten in Frage käme, steht zur Zeit noch nicht fest. Das Arbeitsministerium, das bisher von einem Altsozialisten besetzt war, wird noch frei werden, und gegebenenfalls käme für die Demokraten auch das Innenministerium in Betracht.“

Vom Landtage.

Im Landtage ist der Antrag folgt (D. Sp.) und Gen. Trudschke Nr. 97, zur Ausgabe gelangt, der die Regierung ersucht, für den Fall, daß die Vorlegung des Staatshaushaltplanes für das Jahr 1927 in kürzester Zeit nicht möglich ist, diejenigen Teile, durch deren Verabschiedung staatliche Anträge zur Hebung des Arbeitsmarktes erteilt werden können vorab schnellstens dem Landtage zur Beratung und Verabschiedung zu unterbreiten.

Befestigung einer Zusajmiete.

Das Arbeits- und das Justizministerium haben bestimmt, daß, soweit bauliche Veränderungen an einem Gebäude oder Gebäudeteil auf Grund behördlicher Anordnung im öffentlichen Interesse vorgenommen worden sind, die Befestigung der Zusajmiete den Mieteinigungsämtern übertragen wird.

Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für Aue und Umgegend.

Die bereits im November einsetzende rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkte setzte sich im Dezember fort. Wohl stellten einige Industriezweige vereinzelt Arbeitskräfte für vorübergehende Beschäftigungsdauer ein, der Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten in den Außenberufen hob jedoch diese Besserungsansätze auf und vergrößerte die Zahl der Arbeitsuchenden zusehends. Bedingt durch starkes Frost- und Schneewetter mußten viele Bauarbeiten eingestellt werden, ähnlich erging es dem überwiegend größten Teil der Notstandsarbeiten (Straßen- und Schienenbauten), die auch nur bei gelinder Bitterung ausgeführt werden können. Der Zugang an Arbeitsuchenden hielt aus den oben angeführten Gründen den ganzen Monat über an und wurde gegen Ende desselben noch verstärkt durch die Fertigstellung der Weihnachtsaufträge, die die Entlassung der dazu herangezogenen Arbeitskräfte bedingte. Von den einzelnen Berufsgruppen ist im besonderen folgendes zu berichten:

Der Beschäftigungsgrad in der Landwirtschaft ist infolge der fortgeschrittenen Jahreszeit ein geringer. Trotzdem bleiben vereinzelt Mädchen mit einigen landwirtschaftlichen Vorkenntnissen gesucht. Die Pflanzbetriebe ruhen infolge Saisonbeendigung. In der Stein-, Industrie machte sich gleichfalls ein Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten bemerkbar. Die Metallindustrie, die im November noch eine geringe Aufwärtsbewegung verzeichnete, setzte diese im verfloffenen Monat nicht fort. In der Mitte des Monats zum Stillstand gekommen, setzte gegen Ende des Monats ein langsamer aber stetiger Zugang an neuen Arbeitsuchenden ein. Wohl hielt eine geringe Aufnahmefähigkeit in der Maschinen- und Eisenindustrie bis Ende des Monats an und wog dadurch den neuen Zustrom zum Teil wieder auf. Unverändert blieb die befriedigende Arbeitsmarktlage in der chemischen Industrie. Im Schwinnstoffgewerbe behauptete sich der Geschäftsgang des Vormonats. Wenn derselbe auch nicht gerade als ungünstig angesprochen werden kann, so läßt die Zahl der noch vorhandenen Arbeitsuchenden immerhin kein befriedigendes Bild sehen. Die Stickerindustrie, die schon seit Jahren an Auftragsmangel leidet, konnte auch im Dezember keine nennenswerte Veränderung herbeiführen. In der Papierverarbeitungsindustrie hielt ein guter Beschäftigungsgrad den ganzen Monat über an. Die Besserungsansätze im Holzgewerbe kamen wieder zum Stillstande. Das Nahrungsmittelgewerbe gestaltete sich unter dem Einflusse des Weihnachtsfestes etwas günstiger. Eine Anzahl Bäcker und vereinzelt auch Fleischer konnten in Ausschließstellen vermittelt werden. Während der schon vordem nicht voll befriedigende Beschäftigungsgrad in der Schuhindustrie gegen Ende des Monats wieder nachließ, behauptete sich eine zufriedenstellende Arbeitsmarktlage in der Wäscheindustrie. Auch hier herrscht noch ein geringer Ueberschuß an ungelerten Kräften, während gelübte Stepperinnen und Plätterinnen gesucht bleiben. Durch Umschulung von geeigneten erscheinenden Kräften wurde hier dem größten Ueberschusse abgeholfen. Wie schon eingangs erwähnt, stand der vergangene Monat im Zeichen eines starken Rückganges der Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe. Den Hauptanteil an der neuen Aufschwellung der Erwerbslosen dieser Berufsgruppe stellten die Maurer und Zimmerer. Aber auch Maler und Schieferdecker standen gegen Ende des Monats in verhältnismäßig starker Anzahl zur Verfügung. Von Arbeitgeberseits wurde als auch von Arbeitnehmerseite des Malergewerbes wurde die Oeffentlichkeit in einem Aufrufe davon verständigt, daß es ein Irrtum sei, nicht notwendig erscheinende Arbeiten bis zum Frühjahr zu verschieben, in der Annahme, daß die Winterwitterung eine zufriedenstellende Arbeit ausschließe. Abgesehen von Außenarbeiten können innerhalb der Gebäude alle Arbeiten genau wie im Sommer ausgeführt werden. — Wir schließen uns dem mit dem Wunsche an, daß dadurch eine Entlastung innerhalb dieser Berufsgruppe herbeigeführt werden kann. — Die sonstigen Berufsgruppen,

Nr. Dammeber... Der stark... den Weichsel... und großen... trieb die Scho... und moderner... Seite in einer... brochen. An... durch die be... verhindern, da... Element geger... einem erneu... Deichgebiet ab...
Die Rettu... vom Neujahr... suchten, mußte... stellen, da ma... von der Erge...
Eine Gruppe... vom Schneest... brach auf dem... geborgen werd...
Früh von einer... sofort getödtet.
Berlin... den Fall Him... Preßdienst... bach ist Un... rung zur Er... stattet worden... gemäß eingele... stellt worden... Anzeige ergeb... gerichtliche Er... fastbesehl er... staatsanwaltlic... worden, das n... nehmung des... befehl ist wed... Einstellung is... kannnt geworde... lich die Anzei... fahren wegen... schwebt und A... den kann.
Die F... Am Dien... Schöffengericht... Barmat und... net vorläufig... neun Monaten... ges Zimmer... ein Buch von... Male in der G... als notwendig... lassen. World... mehr als hun... geladen worden...
Die Fra... Sonntag... Nicht gebadet... blauen Luft...
Ein Kauf... Klang es in de... glierte im le... schaukelten sich...
Noch hing... feindes Silber...
Und Sonn... den und den bl... tief hernieder... Hof mit dem g... Egerfund und... Schwarz u... Seidenkappe, d... schmiegte.
Eine Brot... vollen Gehäng... das schwarze A... Die bunf... Mai, graste be... zen der beiden... res Fähen mit... schen Morgen... Mit einem... Mund lauschte...
„Wenn du... die Bierjährig... fährt du auf... und host viel... ner als die So...